

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Der Kaiser wird sich nächster Tage zum Jagdaufenthalt nach H u b e r t s b o d begeben. Ob auch die Kaiserin ihren Gemahl dorthin begleiten wird, steht noch nicht fest; jedoch gilt es als wahrscheinlich. In dem Jagdschlößchen selbst werden gegenwärtig eifrige Vorbereitungen zum Empfang des hohen Jagdherrn getroffen. Der Aufenthalt dürfte sich auf sechs bis acht Tage erstrecken.

* Der Kaiser hat angeordnet, daß die Offiziere des Infanterie-Regiments „Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig“ für den verstorbenen Reichskanzler Grafen Caprivi, der Chef dieses Regiments war, auf drei Tage Trauer anlegen.

* Die „St. James Gazette“, die Beziehungen zu den englischen Hofkreisen unterhält, weiß nichts von einer etwaigen Absicht des Herzogs von Connaught, zu Gunsten seines Sohnes auf die spätere Nachfolge im Herzogtum Sachsen-Koburg und Gotha zu verzichten; sie bemerkt hierüber: „Auf den Herzog von Connaught geht jetzt die Thronfolge des Herzogtums über. Wahrscheinlich wird der Herzog von Connaught von jetzt an viel in Koburg weilen, wie es sein Bruder that, als er Thronfolger war. Hier liegt ein weiteres Beispiel von dem fortwährend sich abspielenden Prozeß vor, daß die Kinder der englischen Souveräne England entzogen werden. Es liegt allerdings in den Grenzen der Möglichkeit, daß der zukünftige Herzog von Koburg König von England wird. Wie wünschenswert das sein würde, sah man ein, als der Prinz von Wales seine Erbansprüche an seinen Bruder, den Herzog von Edinburgh, abtrat.“

* Dem Reichstag wird voraussichtlich noch in der gegenwärtigen Tagung ein Gesetzesentwurf vorgelegt werden, durch den das Gewerbe der Gesinde-Vermieter und Stellen-Vermittler konzeSSIONS-pflichtig gemacht wird. Der preussische Landwirtschafts-Minister hatte schon in der vorigen Landtags-Tagung während der Beratung über den Arbeitermangel auf dem Lande angekündigt, daß die preussische Staatsregierung beim Bundesrat beantragen werde, dem nächsten Reichstag einen solchen Gesetzesentwurf vorzulegen. Der Entwurf ist denn auch schon seit längerer Zeit in Vorbereitung.

* Eine im Reichstage eingebrachte Interpellation Johannsen lautet: „Erachtet der Reichskanzler die von der preussischen Staatsregierung in Nordschleswig getroffenen Maßregeln und die damit in Verbindung stehenden Ausweisungen für gerechtfertigt und den Interessen des Deutschen Reiches entsprechend? — Diefelbe ist nur von den Sozialdemokraten unterstützt worden.“

* Die bis jetzt von den Zeichnungsstellen für die einheimischen Anleihen — 75 Millionen Mark Deutsche 3prozentige Reichsanleihe und 125 Millionen Mark Preussische 3prozentige Konsols — gemachten Zeichnungsergebnisse weisen eine vielfache Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages auf. Es läßt sich aus den Zeichnungen die Thatsache erkennen, daß sich besonders für dauernde Anlagezwecke sowohl aus sämtlichen Teilen Deutschlands als auch vom Auslande sehr starker Begehren nach den neuen Anleihen geltend macht. Aus New York, aus London und in großen Summen auch aus Paris liefen der „Nat.-Ztg.“ zufolge bei den Berliner Banken und Bankhäusern Aufträge zu Zeichnungen und meistens mit der Bezeichnung „zu fester Anlage“ ein. Pariser Aufträge waren vielfach von Barzahlungen begleitet.

* In der deutschen Abteilung der im Jahre 1900 stattfindenden Weltausstellung zu Paris wird auch eine Ausstellung von wissenschaftlichen Instrumenten, Apparaten etc., besonders aus dem Gebiete der Feinmechanik und Optik, veranstaltet werden. Die Ausstellung soll die vorzüglichsten Erzeugnisse des deutschen Instrumentenbaues vorführen. Vom preussischen Staat wird beabsichtigt, eine Anzahl von astronomisch- und astrophysikalisch-fein-

mechanischen Instrumenten der staatlichen Institute für die Ausstellung zur Verfügung zu stellen, sowie einige größere Modelle neu zu beschaffen.

* In der Disziplinaruntersuchung gegen Professor Delbrück ist die Anklageschrift jetzt dem Disziplinarhofe und dem Angeklagten zugegangen. Der Strafantrag lautet dem Vernehmen nach auf Strafverlesung in ein gleiches Amt ohne Ersatz von Umzugskosten.

* v. Bodum = Volkss, der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete, ist im 97. Lebensjahr in Böllinghausen verstorben.

Oesterreich-Ungarn.

* Während die österreichische Regierung mitten in den Vorbereitungen für die Landtagsession begriffen ist, beginnen allerhand Gerüchte verschiedenster Art und Herkunft über die Zukunft Oesterreichs hervorzutreten, denen wohl großer Anspruch auf Glaubwürdigkeit kaum zuzusprechen sein wird.

Anfangs meldeten österreichische Provinzialblätter, im Ministerium des Inneren fänden geheime Beratungen statt, um eine Umgestaltung der österreichischen Verfassung auf föderalistischer Grundlage vorzubereiten. Dann wieder trat die Auffassung hervor, es bereite sich unter dem Protektorat des Auswärtigen Amtes eine deutsch-polnisch-ungarische Koalition gegen die Tschechen vor. Das letztere Gerücht knüpft an einen Artikel eines Wiener Blattes an, dessen Verfasser angeblich ein hervorragender polnischer Abgeordneter sein soll und der den Polen dringend rät, ihr ihr Schicksal von dem der Tschechen, der Vorhut des polenfeindlichen Rußlands, zu trennen. Man hat es hier wohl im besten Falle mit der Anregung irgend eines polnischen Abgeordneten zu thun — wenn die ganze Sache überhaupt einen praktischen Hintergrund besitzt. Möglich, daß die Polen allmählich zu einer deutschfreundlicheren Haltung in Oesterreich übergehen wollen, wenn sie erst ihre bisherige ausschlaggebende Stellung ernstlich bedroht sehen. Zur Zeit ist daran aber sicherlich nicht im geringsten zu denken!

* Die Errichtung eines Bismarck-Denkmal in Eger ist von der Bezirkshauptmannschaft dem dortigen Bismarck-Denkmal-Komitee verjagt worden. Der Erlaß erkennt die Größe Bismarcks als Staatsmann an, erklärt aber die Errichtung eines solchen Denkmals vom Standpunkt des österreichischen Patriotismus aus für unzulässig.

Frankreich.

* Die französische Deputiertenkammer hat die Regierungsvorlage über die Abänderung des Revisionsverfahrens, trotzdem die vorbereitende Kommission sie mit großer Mehrheit abgelehnt hatte, mit 332 gegen 216 Stimmen angenommen. Dagegen gilt als sicher, daß der Senat sie verwerfen wird.

Italien.

* „Daily Mail“ meldet aus Kairo, die italienischen Anarchisten, welche beschuldigt sind, in Alexandrien einen Anschlag gegen Kaiser Wilhelm geplant zu haben, würden nach Italien gebracht und in Ancona vor Gericht gestellt werden.

Spanien.

* Eine Meldung aus Paris weist darauf hin, daß die karlistische Agitation in nördlichen Teile Spaniens, die eine Zeitlang, wenn auch nicht als ernste Gefahr, so doch als ein beunruhigendes Moment angesehen werden mußte, allen Anzeichen nach beträchtlich abgenommen habe. Verlässlichen in Paris eingetroffenen Nachrichten zufolge habe die Zurechtweisung der karlistischen Kreise zur Schau trag, Gefühlen der Enttäuschung und Entmutigung Platz gemacht, was auf den Mangel einer strammen Organisation der karlistischen Partei, sowie an materiellen Hilfsmitteln für eine größere Aktion zurückzuführen sei.

Rußland.

* Das russische Ministerium des Auswärtigen spricht in bezug auf die Frage der Teilnahme an der Abrüstungskonferenz amtlich

und öffentlich aus, daß die niederländische Regierung, nachdem sie sich mit der Abhaltung der Konferenz im Haag einverstanden erklärt hat, nunmehr als Wirtin zu bestimmen habe, an wende die Einladung zur Beschickung der Konferenz zu erlassen sind.

Balkanstaaten.

* In Bulgarien beginnt man jetzt auch zu merken, daß der Wind für eine macedonische Erhebung nicht günstig ist, und schiebt sich der Worte gegenüber. Der Minister des Inneren, Grefow, hat in Konstantinopel beruhigende Versicherungen über die Haltung der bulgarischen Regierung gegenüber etwaigen Versuchen zur Herbeiführung einer macedonischen Bewegung abgegeben. Die fürsichtige Regierung werde — so wurde in diesen Erklärungen betont — absolut nicht dulden, daß Versuche dieser Art vom Boden des Fürstentums unternommen werden, und sie habe alle diesem Grundsatz entsprechenden Vorkehrungen getroffen.

* Die agrarisch-sozialistische Bauernbewegung in Rumänien ist durch die energischen militärischen Maßregeln der Regierung niedergedrückt worden.

Amerika.

* Die Marinekommission des Repräsentantenhauses in Washington hatte sich dahin schlüssig gemacht, die Zahl der Schlagschiffe um drei zu erhöhen, so daß die amerikanische Flotte über 16 Schlagschiffe verfügen könne. (Das wären gerade so viel, wie Deutschland im Jahre 1903 haben wird!)

Deutscher Reichstag.

Am 10. d. wird die erste Beratung der Novelle zum Reichsbankgesetz fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (freisinn.): Abg. Büfing hat neulich gesagt, Gegner der Verstaatlichung der Reichsbank seien lediglich die Agrarier und Bimetallisten. Diese beiden Klassen scheint er gleich tief zu schätzen. Er irrt sich aber: Es sind nicht alle Agrarier Bimetallisten. Mein Freund Gamp z. B. ist Agrarier und Goldwährungsman. Aber auch wir Bimetallisten betrachten die Vorlage gar nicht vom bimetallistischen Standpunkt aus, obwohl es gerade bei einer Bankvorlage nahe liegt, den Wert einer festen Relation zwischen Gold und Silber zu beleuchten. Man kann ja nicht gerade sagen, daß Deutschland nicht stark genug sei, die Goldwährung zu tragen. Unser Nationalreichtum hat nicht abgenommen, er ist nur vom platten Lande in die Stadt gewandert, und wir Landwirte sind jedenfalls nicht zu beneiden. Mit der Goldwährung in engem Zusammenhange steht die Vorlage um deswillen, weil ja die Reichsbank die Goldwährung führen muß, und weil wir vor der Frage stehen, wie wir unseren Goldbestand am besten verteidigen können. Wir beantragen keineswegs, daß die Reichsbank eine Bausparbank für Agrarier, also eine Wohltätigkeitsanstalt für uns sein soll, aber wir wollen doch auch nicht, daß sie zu einer Wohltätigkeitsanstalt für einzelne Bankfirmen werde. Eine der Hauptaufgaben der Reichsbank ist es doch, den Diskontsatz so niedrig wie möglich zu halten. In dieser Beziehung hat die Bank den Anforderungen nicht entsprochen, die man an eine große Staatsbank zu stellen berechtigt ist. Auch der Goldbestand der Reichsbank hat sich nicht vermehrt, sondern ist beständig gesunken. Er reicht bei weitem nicht aus, den Notenumlauf zu decken. Nebenher legt des längeren seine Auffassung über die Verstaatlichung der Reichsbank dar.

Abg. Fischbeck (fri. V.): Die Rede des Herrn v. Kardorff kam mich nicht unerwartet, näher auf die schon von anderen Herren beleuchteten Einzelheiten der Vorlage einzugehen. Wir sind es ja gewohnt, von Herrn v. Kardorff Schilderungen zu hören, nach denen das deutsche Volk nicht vor dem Ruin stehen müßte. Demgegenüber braucht man nur darauf hinzuweisen, daß sich das Kapitalvermögen des deutschen Volkes um jährlich rund 6 1/2 Millionen Mark vermindert hat. Meine Freunde stimmen gegen die Verstaatlichung, wenn sie in zweiter Lesung beantragt werden sollte, sie sind einverstanden mit der Erhöhung des Grundkapitals, mit der Erhöhung des steuerfreien Notenumlaufes, mit der Schmälerung der Anteile der Privatbanken in einer Form, daß der Reichsbank die Aufgabe nicht erschwert wird, die Goldwährung aufrecht zu erhalten. Wir sind ferner damit einverstanden, daß in Zukunft das Privilegium der Reichsbank nicht mehr alle zehn, sondern alle zwanzig Jahre erneuert werde.

Abg. Sahm (wildf.): Im Gegensatz zu der Mehrzahl der Redner muß ich mich für die Verstaat-

lichung der Reichsbank aussprechen. Die Bank würde dann sicher nicht nur im Interesse der Saute finance geleitet, sondern auch die Landwirtschaft würde mehr berücksichtigt werden, zumal wenn man den Reichsbankpräsidenten einen Ausschuss an die Seite setzte, der aus Vertretern aller Berufsstände zusammengesetzt wäre. An der Organisation der Bank würde dann nichts geändert zu werden brauchen, wenn die 120 Millionen Aktienkapital voll ausbezahlt würden.

Reichsbankpräsident Koch weist die Bedenken des Abg. Sahm gegen die zu geringe Deckung des Notenumlaufes durch den Goldbestand durch Verleihung einer Reihe von Stellen aus Berichten der Reichsbank sowie ausländischer Banken über die gleiche Materie zurück.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Anti.): Von unserem Standpunkt ist die Vorlage eine durchaus verfehlte, weil sie nur den Interessen der Plutokratie zu gute kommt, weil sie die Erwartungen aller derer täuscht, die gehofft hatten, daß nun endlich aus der Bank als einer Bank der Reichen eine Bank für das Reich werden müßte. Das richtige wäre, der Reichstag verlängerte das Reichsbankprivilegium nur auf ein Jahr und forderte die Regierung auf, bis dahin ein Gesetz betr. die Verstaatlichung der Reichsbank einzubringen.

Abg. Frhr. v. Wangenheim will die Reichsbank völlig unabhängig gemacht wissen von den privaten. Dem Reich würden dann die ganzen Ueberflüsse der Bank zufließen. Die Gegner der Verstaatlichung haben allerdings ein Interesse daran, diese Ueberflüsse möglichst gering zu veranlagern. Diefmal werde ja die Verstaatlichung noch nicht durchgeführt werden, denn allem Anschein nach werde das Gesetz aus der Kommission ziemlich unverändert herauskommen, aber hoffentlich zum letzten Male.

Abg. Schönlank (soz.) befreitet, daß er für die Begünstigung der Aktionäre eingetreten sei. Seine Partei beginnige keine Millionäre; man möge nur warten, was seine Parteigenossen in der Kommission thun werden. Vor zehn Jahren hätten seine Freunde allerdings für die Verstaatlichung gestimmt, heute, in der Zeit der Reaktion, feile ihnen das nicht ein, denn das hieße die Bank den Vertretern des Entrechtungsfortschrittes, des Justizfortschrittes ausliefern. Der Zentralauschuss könne dann vielleicht aus verkrachten Landwirten und pensionierten Offizieren zusammengesetzt werden.

Damit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Preussischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus beschloß heute in seiner Donnerstag-Sitzung mit der ersten Beratung des Antrages der Abg. Langerhans u. Gen. (fri. Vp.) betr. die Aufhebung der Konfiskationsordnung von 1873, wonach die Veranlagung der Stadtgemeinden zu den Kirchenbaulasten bis jetzt erfolgt. Darauf folgte die Interpellation der Abg. Szmulka u. Gen. (Zr.) betr. den Arbeitermangel auf dem Lande. Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein erklärte, die Regierung erkenne den Mangel an ländlichen Arbeiterkräften an, werde aber Auskünfte über die Maßnahmen, welche sie dagegen zu treffen gedenke, erst bei Beratung des Antrages Gamp geben.

Am Freitag wurde im Abgeordnetenhaus die Besprechung der Interpellation Szmulka betr. den ländlichen Arbeitermangel fortgesetzt und in Verbindung damit über den Antrag Gamp (freisinn.) verhandelt, welcher dasselbe Thema betrifft. Finanzminister v. Miquel erklärte, die Regierung erkenne den Mangel an und sei bereit, alles zu thun, was in ihren Kräften stehe, um der Not abzuhelfen. Die Leutenot werde hervorgerufen durch die Notwendigkeit intensiverer Bewirtschaftung, die größere Saisonarbeit, besonders in der Zuckerindustrie, die kolossale Zunahme an Staats-, Provinz- und Kommunalbauten, besonders von Eisenbahnbauten, durch die deutliche Wanderlust, die Sucht nach Ungebundenheit, die zu frühe Selbständigwerdung der Arbeiterjugend u. s. w. Gegen die Eisenbahnbauten lasse sich indes etwas machen, denn die Interessenten wollen ihre Eisenbahn so schnell wie möglich haben, höchstens könne man daran denken, den Bau während der Ernte auszusparen. Siehe man von einer Einschränkung der Freizügigkeit ab, so werden diese Maßnahmen auf dem Gebiete der Schule und einer Stärkung der väterlichen und vornehmlich geistlichen Gewalt anzuführen sein. Mit der Zeit dürften wir hoffen, damit gute Resultate zu erzielen. Auf eine unbefristete Zulassung ausländischer Arbeiter würde die Regierung nicht eingehen können. Sie habe aber die Zulassung bereits bis auf acht Monate ausgedehnt. Ministerialdirektor Kähler erklärte, die Schulverwaltung sei bereit, den Wünschen der Landwirtschaft entgegenzukommen, so weit es ohne Schädigung der Volksbildung geschehen könne, z. B. durch Verlegung der Schulstunden. Landwirtschaftsminister Frhr. von Hammerstein betonte seine völlige Uebereinstimmung mit Herrn v. Miquel und seine Vereinstimmigkeit, eine gründliche Enquete über die Entwicklung der ländlichen Arbeiterverhältnisse zu veranstalten.

Am Vorabend der Hochzeit.

32]

Roman von Helene Stöckl.

(10. Fortsetzung.)

„Heute nachmittag werden die Sachen der Käthe Alphas verkauft“, sagte Justizrat Mellien einige Wochen nach der Freisprechung Heinrichs zu seiner Frau. „Wenn du Lust hast, den Schreibisch zu kaufen, von dem ich dir schon früher sagte, so begleite mich zu der Auktion. Das Mädchen sagte mir, ich solle ihr dafür zahlen, was ich für recht halte; es ist mir aber angenehmer, wenn die Sachen öffentlich verkauft werden.“

Diesem Gespräch zufolge begab sich der Justizrat am Nachmittag desselben Tages mit seiner Frau in das Auktionslokal, kaufte den erwähnten Gegenstand und ließ ihn nach seiner Wohnung transportieren. Es war ein schwerer, altemöblicher Schreibtisch, aber bequem und praktisch, nicht in der unvollkommen Weise gearbeitet, daß man aus der einen Schublade gleich in die andere kommen kann, sondern jede Schublade mit einem eigenen Fach versehen. Die durch den häufigen Gebrauch glatt gewordenen Laden ließen sich mit der größten Leichtigkeit herausziehen und hineinschieben, bis auf eine einzige, die trotz aller Bemühungen stecken blieb. Es war augenscheinlich, daß sich irgend ein Gegenstand dagegen sperre, der dahinter gefallen sein möchte, als man den Schreibtisch verkehrt auf den Wagen gestellt hatte. Nach vielen Versuchen gelang es dem Justizrat endlich, den Gegenstand herabzubekommen — es war ein sehr schnurger Herrenscheidt.

„Er wird dem alten Müller Hartung gehört haben“, sagte Mellien, ihn beiseite schiebend; aber seine Frau zeigte größeres Interesse für einen Herrenscheidt, der sich in der Lade eines jungen Mädchens vorfand.

„Der alte Hartung hat niemals solche Sachen getragen“, sagte sie, den Fund näher besichtigend. „Und sieh nur, wie schmutzig er ist. Ich glaube gar, die schwarzen großen Flecke sind Blut!“

Es war wirklich Blut, wie sich bei genauerer Betrachtung ergab. Wessen Blut konnte es sein?

Auf der inneren, verhältnismäßig reinen Seite fanden sich die mit Rinte gezeichneten Buchstaben A. B. und die Zahlen 12. 85.

Mellien blickte wieder und wieder auf den Stragen und griff dann mit beiden Händen nach seinem Kopfe. „Sei still, sei still, sprich kein Wort“, rief er seiner Frau zu, die ihn voll Verwunderung nach der Ursache seines sonderbaren Benehmens fragen wollte. „Sei still und laß mich überlegen! A. B.? Das könnte Alfred Baumann heißen! Der Schreibtisch kam erst in Käthes Besitz, nachdem die Hartungs fort waren. 12. 85.? Die erste Zahl muß die der Stragen sein, die zweite die Zahl des Jahres, in dem dieselben gekauft wurden. Baumann war im vorigen Jahre nicht vor dem Monat Juni in Moskau. Es muß sein Stragen sein und es ist Blut darauf! Frau, Frau, warum konnten wir diesen Stragen nicht drei Wochen früher finden?“

„Aber weshalb? Ich verstehe kein Wort von dem allen!“ Mellien winkte ihr ungeduldig Schweigen zu.

„Störe mich nicht, laß mich nachdenken! — Sein Stragen findet sich in ihrer Lade, über und über mit Blutflecken bedeckt. Wie kann das zusammenhängen? Sie wollte die Mühle durchaus nicht verlassen und auch niemand hinein lassen. Was konnte sie fürchten? Sie brach das Gespräch mit mir plötzlich ab und rannte in die Mühle hinein. Bei meiner Seele, es kann nicht anders sein: er war damals mit ihr in der Mühle! Sie schiebt ihn aus dem Wasser und pflegte ihn heimlich. Er erzählte das Geschene, so weit er es für gut hielt. Vielleicht nahm er sie mit sich auf die Brücke und ging dort ihre Aussage mit ihr durch. An die Mauer dachte er nicht. Wahrscheinlich es muß so sein, es gibt keine andere Erklärung! Was siehst du mich so verwundert an?“ wandte er sich an seine Frau; „ich sage dir: wenn dieser Stragen dem Baumann gehört, dann lebt der Gallulle noch!“

„Aber Mann, das kann ja nicht sein!“ „Es kann nicht bloß sein, sondern es ist so. Ich will 100 000 Mark gegen den elenden Schreibtisch hier wetten, daß er diesen Stragen in der Nacht vom 27. Juni im vorigen Jahre trug. Von einem Toten hätte sie den Stragen sicher nicht herabgenommen. Sie hat ihn aus dem Wasser gezogen und wieder ins Leben zurückgebracht. Er war bei ihr in der Mühle, so lange die Ueberflutung dauerte, und dann gingen beide zusammen fort. O, jetzt ist mir alles klar! Um sich an Ostow zu rächen, bewog er sie, ihn des Mordes anzuklagen. Ich bitte dich, liebe Frau, rufe unseren Paul herbei. Er ist ein pfiffiger Wursche, und ich möchte

hören, wie er über die Sache denkt. Und wenn du ihn gerufen hast, so gehe gleich noch einmal in das Auktionslokal und bitte, die anderen Sachen beschichtigen zu dürfen. Vielleicht findest du noch irgend etwas. Lasse dir auch die unbedeutendste Kleinigkeit nicht entgehen, und wenn du eine Entdeckung gemacht zu haben glaubst, so lasse alles genau so liegen, wie es liegt und rufe Paul und mich.“

Der Justizrat befand sich in der heftigsten Aufregung, und obwohl seine Frau kaum die Hälfte seiner hastigen Rede verstanden hatte, begriff sie doch, daß es sich um etwas Wichtiges handeln müsse, und begab sich eilends fort, um ihren Sohn zu holen.

Paul kam und war ganz der Ansicht seines Vaters, nachdem dieser ihn mit dem Sachverhalt bekannt gemacht hatte. Beide schickten sofort einen Boten an den Major v. Wayer, der sich zum Besuch im Herrenhause aufhielt und ließen ihn bitten, ganz in der Stille und ohne Herrn und Frau v. Ostow etwas davon mitzuteilen, zu kommen, um in einer wichtigen Angelegenheit Rücksprache mit ihnen zu nehmen.

Auch Onkel Gustav stimmte, nachdem er sich von seinem ersten Erstaunen erholt hatte, der Meinung des Justizrats bei.

„Alles kommt jetzt darauf an, zu beweisen, daß der Stragen Baumann gehört“, sagte Mellien aufgeregt; „aber vorläufig weiß ich noch nicht, wie uns das möglichst leicht wird.“

„Um das zu beweisen, bedarf es weiter nichts als eines Ganges zum Gerichtsgebäude“, bemerkte Paul, auf dessen Klugheit sein Vater mit Recht stolz war.